

Sehr geehrte Frau Friedrich, sehr geehrter Herr EreK,

vielen herzlichen Dank für Ihr Interesse an unseren kulturpolitischen Positionen.

Vorab eine Bemerkung: als außerparlamentarische Opposition ohne große Fraktions- und Parteistrukturen können wir nicht immer zu allen Fragen eine spezifische Antwort geben, insbesondere wenn die Fragen sehr detailliert sind. In vielen der von Ihnen angesprochenen detaillierten Aspekte haben wir uns auch noch keine konkrete Positionierung erarbeitet.

**So erlauben Sie uns vorab ein paar allgemeinere Sätze zu unserer Haltung beim Thema zu Kultur zu verlieren:**

Berlin ist wegen seiner Kulturgeschichte, seiner kulturellen Vielfalt und seiner Internationalität durch seine Künstler, Orchester, Opernhäuser, Theater, Museen, Dirigenten, Designer, Architekten oder Fotografen eine der führenden Kulturmetropolen der Welt und ein Magnet für Kulturschaffende und Kreative aus aller Welt.

Die kulturelle Vielfalt als wesentlicher Teil der Attraktivität dieser Stadt darf nicht als selbstverständlich angenommen werden. Berlin muss eine der führenden Kulturmetropolen Europas und der Welt bleiben. Dieses Alleinstellungsmerkmal gilt es zu bewahren, fortzuentwickeln und zu fördern. Auch aus unserer Sicht trägt dabei die Kunstsparte Tanz einen wichtigen Teil zu dieser Position Berlins als führender Kulturmetropole bei.

Staatliche Ausgaben für Kultur dürfen nicht als bloße Alimentierung des kulturellen Lebens verstanden werden. Sie sind vorrangig eine Investition in Bildung und zugleich eine Förderung des Tourismus als einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren der Stadt. Die Ausgaben für den kulturellen Sektor fließen somit um ein Vielfaches wieder in die Stadt zurück.

**Zur Finanzierung von Kultur, die in Ihren Fragen 2 und 3 angesprochen wird, sagt unser Wahlprogramm generell folgendes aus:**

*„Die öffentlichen Mittel zur Kulturförderung müssen intelligent und verantwortungsvoll eingesetzt werden sowie Planungssicherheit schaffen. Hierfür braucht Berlin ein klares Konzept, das bestimmt, was auf welche Weise nach welchen Kriterien gefördert werden soll. Dazu sind zunächst die bisherigen Fördermodelle einer kritischen Sichtung und Bewertung zu unterziehen.*

*Eine Einmischung in künstlerische Inhalte und Programmatik von Kunst und Kultur über das Mittel der Kulturförderung lehnen wir strikt ab: Kunst ist frei und muss frei bleiben. Wir fordern eine grundlegende Überprüfung der institutionellen und der Projektförderung. Auch hier müssen klare Kriterien für die Aufnahme und das Verbleiben in der institutionellen Förderung und Maßstäbe zur Überprüfung der sinnvollen Verwendung von staatlichen Mitteln gelten. Die Verwendung öffentlicher Fördermittel muss auch im Kulturbereich stets transparent belegt und auf ihre Effektivität hin überprüft werden.*

*In diesem Zusammenhang ist auch die „quasi-institutionelle“ Förderung von vielen kulturellen Berliner Einrichtungen durch regelmäßige Projektförderung aus diversen Haushaltstöpfen in Zukunft entweder durch eine institutionelle Förderung zu ersetzen oder einzustellen. Eine versteckte institutionelle Förderung durch Schattenhaushalte wie die Lottogesellschaft Berlin oder den Hauptstadtkulturfonds muss beendet werden. Diese Mittel dürfen nur für gesondert definierte einzelne Projekte verwendet werden.“*

Die Kulturförderung bedarf eines gesamthaften Konzepts. Deshalb muss aus unserer Sicht in einem längeren Prozess unter Beteiligung aller Akteure die Verteilung der Budgets auf die einzelnen Sparten und Kulturinstitutionen nach den oben aufgeführten Kriterien erfolgen. Der Tanz ist für uns eine Sparte, deren Bedeutung wir im Gesamtzusammenhang des öffentlichen Kulturangebots hoch einschätzen. Eine Positionierung zur ganz konkreten Finanzierung einzelner Aktivitäten kann aber erst am Ende eines solchen Prozesses stehen.

**Zu Frage 4:**

Hier gilt es, vernünftig zwischen dem Wunsch nach bezahlbarem Wohnen und der notwendigen Erhaltung von Orten für die Kultur abzuwägen. Der Druck auf den Wohnungsmarkt aufgrund des Wohnungsmangels, der durch den begrüßenswerten Zuzug in unsere Stadt entstanden ist (nicht eine behauptete „Gentrifizierung“) führen dazu, dass Flächen und Räumlichkeiten für kulturelle Nutzungen unter Verdrängungsdruck geraten.

Wir fordern, dass bei der Vergabe von Flächen durch die öffentliche Hand das Land Berlin nicht die Verkaufspreise optimieren soll, sondern Bedingungen zur zukünftigen Nutzung auferlegt, die sich nach den stadtentwicklungs- und wirtschaftspolitischen Zielen richten. Dazu gehört auch die Erhaltung von Räumen für kulturelle Nutzungen. Kulturell genutzte Räume müssen (ebenso wie andere Infrastrukturen) auch in eine gesamthafte Planung aller Neubaugebiete integriert werden.

Insgesamt liegt uns die Kulturpolitik am Herzen. Kultur ist für Berlin der Motor für das wirtschaftliche Wachsen in den schwierigen 90 Jahren gewesen. Heute ist Kultur nach wie vor ein wichtiger Standortfaktor: für Touristen, als Bildungsvermittler und als ein Baustein im Bemühen, Menschen erfolgreich zu integrieren.

Mit freundlichen Grüßen

Sibylle Meister  
Landesvorsitzende FDP Berlin  
Dorotheenstraße 56, 10117 Berlin  
[www.fdp-berlin.de](http://www.fdp-berlin.de)